

Geschlecht beschränkten Ordens eine Sozialform, die im Kontext der westlichen Gesellschaften historisch überholt ist, aber vielleicht ist der Bedeutungsschwund des zölibatären Lebens auch nur an die gegenwärtige historische Konjunktur eines Umbruchs der Geschlechterrollen gebunden. Auf jeden Fall scheinen Sozialformen, die Partnerbeziehungen und Familien einschließen, am ehesten noch ein unentdecktes Feld christlichen Gemeinschaftslebens zu sein. Hierauf verweist nicht nur das heute viel diskutierte Konzept der ‚Basisgemeinden‘ sondern auch eine Reihe neuerer religiöser Bewegungen, wie Focolare, Foi et Lumière, Cursillo, Marriage Encounter. Nur wo solche neue Sozialformen christlichen Lebens entstehen, sind m.E. hoffnungsvolle Zeichen einer Zukunft des Christentums auszumachen.

Ein letzter Hinweis, der mit den beiden erstgenannten zusammenhängt: Zeichenhaft wäre die exemplarische Lösung sozialer Probleme. Glaubwürdig wirkte zu allen Zeiten christlich inspiriertes und begründetes Tun, das sich als hilfreich erwies. Wir können nicht erwarten, daß die Christen und die Kirchen alle sozialen Probleme der Welt lösen werden, und für die Lösung vieler Probleme dürften wissenschaftliche Einsichten und praktische Erfahrungen vordergründig einschlägiger sein als christliches Engagement. Aber nicht alle Einsichten und Erfahrungen werden in die Praxis umgesetzt, vor allem dort, wo es gegen Besitzstände, Gewohnheiten und eigene Interessen geht. Glaubwürdigkeit ist auch heute zu erreichen, wo exemplarisch etwas Hilfreiches ohne erkennbares Eigeninteresse zustande gebracht wird. Soweit ich sehe, gibt es jedoch z. B. in dem ausgebauten, von der Caritas und anderen katholischen Trägern betriebenen

Krankenhauswesen kein einziges Beispiel eines Reformkrankenhauses, das sich etwa mit dem anthroposophischen Krankenhaus in Herdecke messen könnte. Wäre es nicht Aufgabe christlicher Krankenhäuser, etwa dem humanen Sterben oder den psycho-sozialen Problemen des Krankenhauses so Beachtung zu schenken, daß dies als ein Markenzeichen dieser Dienste gelten kann? Daß hier Leistungen anstehen, die möglicherweise nicht in den Vergütungskatalog der Krankenkassen passen, sollte kein Grund gegen, sondern gerade für solche Aktivitäten sein, für die Eigenmittel der Kirchen bevorzugt bereitstellen wären. Das verstehe ich unter einer exemplarischen Lösung ...

Zukunft ist stets ein offener Raum

Damit bin ich ans Ende dieses Versuchs gelangt, das Christentum in den Kontext seiner historischen Herkunft und seiner möglichen Zukunft zu stellen. Zukunft, das ist grundsätzlich stets ein *offener* Raum, der aber durch die Festlegungen der Vergangenheit eingeschränkt wird. Im Extremfall wird Zukunft zur festgefügteten Fortsetzung sogenannter Sachzwänge, zu einem „Gehäuse der Hörigkeit“ (*Max Weber*), zu einer Tyrannei der Strukturen und verliert damit ihre Offenheit. All dies sind jedoch keine unumstößlichen Wirklichkeiten, sondern Produkte unseres beschränkten Denkens. Die Hoffnung auf einen welttranszendierenden Gott und das durch Seinen Sohn verheißende Heil hält Zukunft offen: „An einen Gott glauben heißt *sehen*, daß es mit den Tatsachen der Welt noch nicht abgetan ist“ (*L. Wittgenstein*).

Franz-Xaver Kaufmann

Wie werden wir mit dem Fortschritt fertig?

Ein Symposium der Schleyer-Stiftung

„Ihr mögt mit der Zeit alles entdecken, was es zu entdecken gibt, und euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein. Die Kluft zwischen euch und ihr kann eines Tages so groß werden, daß euer Jubelschrei über irgendeine neue Errungenschaft von einem universalen Entsetzensschrei beantwortet werden könnte.“ Ein Zitat aus Brechts „Galilei“ stand am Beginn eines Symposiums der in Köln ansässigen Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung zum Thema „Wissenschaftlich-technischer Fortschritt als Aufgabe in einer freiheitlichen Kultur“. *Jürgen Mittelstraß*, Philosophieprofessor in Konstanz und wissenschaftlicher Leiter des Symposiums, das vom 10. bis 12. Dezember 1986 in München stattfand, gab es den rund 200 Teilnehmern aus Wissenschaft, Wirtschaft und Publizistik als Anfrage mit auf den Weg. Es zeigte sich, daß selbst in diesem Kreis das Verhältnis zu den Segnungen des Fortschritts

kein ungebrochenes ist, auch wenn sich im Lauf der Veranstaltung dann, jedenfalls auf dem Podium, eine pragmatischere Sichtweise durchsetzte.

Der Mensch als Objekt des Fortschritts

Mittelstraß lieferte auch dafür die Vorgabe: Schließlich bilde die moderne Industriegesellschaft, so seine Argumentation, nur das konsequente Resultat des rationalen Wesens des Menschen. Er hat sich Werkzeuge geschaffen und damit seine Natur vervollständigt, sich Wissen angeeignet und sich so in der Welt orientiert. In diesem anthropologischen Ansatz, in dem der Mensch als rationales Subjekt der von ihm gestalteten Welt erscheint, liegt die Legitimation der modernen Welt. Daß der Fort-

schritt in Technik und Wissenschaft uns heute mitunter fragwürdig und sogar beängstigend erscheint, hängt mit der ihm eigenen Rationalität und Dynamik zusammen, die sich auch gegen den Menschen selbst und die ihm anvertraute Schöpfung richtet. Der Mensch ist nicht allein dabei, die Natur, in und von der er lebt, auf dem Wege extensiver Aneignung zu zerstören; die biologische Forschung versetzt ihn auch in die Lage, seine eigene Natur durch Eingriffe in den genetischen Code zu manipulieren.

Auf diese Weise wird der Mensch zum Objekt des Fortschritts. Betroffen sind davon – in einer weitgehend anonym ablaufenden technischen Entwicklung – auch die Techniker und Wissenschaftler, denen Mittelstraß bescheinigte, „nicht mehr Herr im eigenen Hause“ zu sein. Ein weiteres Problem besteht für ihn darin, daß das Verhältnis von Wissen und Information sich verschiebt und Informationen immer häufiger an die Stelle von Wissen treten. Das heißt: „Wir durchschauen in vielen Fällen nicht mehr, was uns in Form von Informationen zur Verfügung steht.“ Mit der Rede von der zukünftigen „Informationsgesellschaft“ versuche man im Grunde nur den Mangel zu kompensieren, „keine im engeren Sinn mehr wissende Gesellschaft zu sein“. Die Gesellschaft des technischen Zeitalters habe ihre Kompetenz an Experten delegiert und sich so den Schein bewahrt, ihre Probleme seien stets technisch lösbar. „Die Wahrheit aber ist“, so urteilt Mittelstraß, „daß sich unsere Probleme nicht in allen, und meist den wesentlichen, Fällen den wissenschaftlichen und technischen Rationalitäten beugen und daß das Expertenwesen drauf und dran ist, den guten Ruf zumindest der Wissenschaft in der Öffentlichkeit zu ruinieren.“

Immer neue Flucht in utopische Reservate

Das Symposium hat, wenn es denn daran noch Zweifel gegeben haben sollte, bekräftigt, daß es nicht genügt, den Fortschritt zu „machen“. Man müsse ihn, stellte Mittelstraß fest, auch durch praktische Vernunft, die nicht allein die Vernunft des Experten sein könne, beherrschen. Mit dieser Vernunft, zu der die politische Vernunft gehöre, stehe es allerdings in der modernen Welt nicht immer zum besten. Noch um einiges schärfer formulierte diesen Sachverhalt der Erlanger Historiker *Michael Stürmer*. Es sei zu vermuten, daß der Mensch der „altmodischste Einrichtungsgegenstand“ in den von ihm geschaffenen „schönen neuen Welten“ sei, antwortete er auf die selbstgestellte Frage „Wie modern ist der Mensch?“. Die moralischen Fähigkeiten des Menschen hielten mit der Entwicklung der technischen und instrumentellen Fertigkeiten keineswegs Schritt, oder, anders ausgedrückt: „Die Liebe, die Moral und die Politik stehen nicht im Zeichen des Fortschritts.“

Stürmers Ausführungen waren von einer tiefen Skepsis geprägt. Sie schwang auch in der Frage mit, ob wir die

Kraft haben werden, das technisch Mögliche und das moralisch Erlaubte zu unterscheiden in einer Welt, in der die Fähigkeit zur Zerstörung und Selbstzerstörung apokalyptische Perspektiven aufweise, der ethische Standard aber den von Steinzeitkulturen nicht nennenswert überschreite. Das heißt auch, ob es uns gelingen könne, Herr unserer Versuchungen zu sein, die größer seien als jemals zuvor in der Menschheitsgeschichte – möge es sich nun um die Schaffung künstlichen Lebens handeln oder um die „billigende Hinnahme“ von Abtreibung. Die eigentliche Gefahr sieht Stürmer dabei in der Selbstüberschätzung des Menschen, die diesen – eine uralte Versuchung – sein wollen läßt wie Gott. Ausdruck dieser Hybris ist für ihn auch und nicht zuletzt der Wunsch, aus der grauen Wirklichkeit in utopische Reservate zu entfliehen oder gleich die ganze Erde in einen Garten Eden oder eine Insel der Seligen zu verwandeln. Stürmer widmete den größten Teil seines Vortrags utopischen Entwürfen und sozialrevolutionären Strömungen, für die die Geschichte ja genügend Beispiele bietet: religiös motivierte, wie die mittelalterliche Idee eines Tausendjährigen Reiches oder das politische Schwärmertum der Wiedertäufer und ihre säkularen Varianten seit der Aufklärung, das Arkadien des 18.; die romantische Bewegung des 19. Jahrhunderts, die verschiedenen Formen des Sozialismus und schließlich die wieder auflebende Utopie eines einfachen Lebens heute. Immer wieder hätten Intellektuelle seit dem 17. Jahrhundert ihr „Arkadien“ auch in real existierende ferne Länder verlegt, wies Stürmer nach – den geographischen Bezugspunkt ihrer Träume mit der Seele suchend wie weiland unsere Klassiker die griechische Antike: in China, Nordamerika, der Schweiz, in Polen, Deutschland, Sowjetrußland. Die Liste ließe sich in die Gegenwart hinein verlängern. „Die unerlösten Paradiese wechseln“, bemerkte er dazu, „und nur solange sie unerlöst sind, sind sie schön.“

Zwei Aspekte also sind es, die der Historiker Stürmer mit dem Begriff der Modernität verbindet und die er seinen Hörern als drängendste Zeitfragen ans Herz legte: Die eine läuft darauf hinaus, wie mit der Androhung der gegenseitigen (militärischen) Vernichtung zu leben sei und mit dem Machtanspruch einer Technik, von deren moralischer Bewältigung keine Rede sein könne. Die andere Frage ist die, wie den Rebellionen vorzubeugen sei, die die politische Kultur, Vernunft und Zivilisation bedrohen und mit ihnen alles, „was der alte Kontinent an menschlichem Maß noch bewahrt hat“. „Wir können“, fuhr Stürmer fort, „den Traum vom einfachen Leben weiterträumen und ihm folgen, wir können das Bild des edlen Wilden in Politik und Medien auf Podeste stellen, wir können das Unbehagen an der Kultur zum Kultgegenstand erheben – wir können aber nicht gleichzeitig pluralistische Industriegesellschaft und freiheitliche Massendemokratie sein. Man wird sich entscheiden müssen, und diese Entscheidung drängt.“

Bleibt, Skepsis hin oder her, letztlich doch nur der Rekurs auf die aufgeklärte Vernunft, gepaart mit der Einsicht in die Begrenztheit menschlichen Handelns? Stür-

mer erachtete die Chance, daß die menschliche Zivilisation sich wie Münchhausen gleichsam am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht, für nicht allzu groß. Fest steht, daß die Grenzen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nur vom Menschen gesetzte sein können, wie Mittelstraß betonte; die Technik habe kein Maß in sich selbst. Der Philosoph appellierte hier an eine gesellschaftliche Ethik, eine „Bürgerethik“ – denn eine Sonderethik der Wissenschaft könne es nicht geben, lediglich ein individuelles Ethos und eine besondere Verantwortung des Wissenschaftlers. In Zukunft komme es, so Mittelstraß weiter, wohl vor allem darauf an, wieder ein Stück Urteilskraft in Wissenschaft und Technik zurückzuholen, das sie mit einem vernünftigen Leben verbinde. Eine Alternative zur „wissenschaftsgestützten technischen Kultur“ gibt es seiner Ansicht nach nicht für uns.

Fortschritt als Gebot der Humanität

In diesem Punkt traf Mittelstraß sich mit *Wolfgang Wild*, dem neuen bayerischen Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, der vom Fach her Physiker ist und in seinem Beitrag den wissenschaftlich-technischen Fortschritt als ein *Gebot der Humanität* herausstellte. Eine ständig wachsende Weltbevölkerung wolle ernährt sein, argumentierte er, und im übrigen könne die stark vom Export abhängige Bundesrepublik sich nicht einfach aus dem internationalen Wettbewerb ausklinken. Wild räumte ein, daß die Technik in ihrer jetzigen Form das Ökosystem Erde überfordere. Er sei jedoch der festen Überzeugung, daß es möglich sei, eine umweltfreundliche und ressourcenschonende Technik zu entwickeln (wobei er die Nutzung von Kernenergie mittelfristig für unumgänglich hielt). Um Verzicht und Einbußen – Verzicht auf Lebensstandard und Einbußen bei der Schönheit, der Vielfalt und dem Reichtum der Natur – werde man, so Wild abschließend, gleichwohl nicht herumkommen. Von vorsichtigem Optimismus zeugten ebenfalls die Ausführungen des Siemens-Vorstandsmitglieds *Hermann R. Franz*, der mit seiner Analyse des internationalen Halbleitermarkts und der Fertigung von elektronischen Bauelementen in der Bundesrepublik die Teilnehmer auf den harten Boden der wirtschaftlichen Tatsachen zurückholte: Kein Zweifel, die Zukunft wird in Chips gemessen.

Anfragen aus dem Publikum bezogen sich auf die Forschungspolitik, den Austausch zwischen Hochschule und Wirtschaft, das derzeit in Bayern (im Zusammenhang mit der Firma Siemens) heiß diskutierte Problem der Sonntagsarbeit und das Thema Umweltschutz. Der Kieker Wirtschaftswissenschaftler *Gerhard Prosi* sprach sich in einem Statement dafür aus, „Märkte für Umwelnutzung“ zu schaffen, d. h., Umweltkosten in die Markt- und Preisbildungsprozesse einzubeziehen. Das bisherige System, in dem die Vorteile der Nutzung von Umwelt privatisiert würden (durch Erhöhung der Wettbewerbsfä-

higkeit des einzelnen Unternehmens), die dabei entstehenden Schäden hingegen sozialisiert, verführe zu einem bedenkenlosen Umgang mit natürlichen Ressourcen. Die derzeitige offizielle Umweltpolitik ist seiner Ansicht nach mit allen Nachteilen einer zentralen Verwaltungswirtschaft behaftet, von „weichen Plänen“ und Privilegienwirtschaft bis hin zur mangelhaften Innovationstätigkeit.

Die Referate des Symposiums waren so locker um das ohnehin etwas vage formulierte Gesamthema herum gruppiert, daß ihre Autoren damit auch auf jeder anderen der gängigen Bildungsveranstaltungen mehr oder weniger Ehre eingelegt hätten. Mag sein, daß sich im Kopf des einen oder anderen Teilnehmers die einzelnen Versatzstücke am Ende zu einem runden Ganzen zusammenfügten; im Verlauf des Symposiums blieb aber doch vieles isoliert. Dies galt auch für die Beiträge des Züricher Soziologen *Gerhard Schmidtchen* und des Bayreuther Politologen *Michael Zöller*. Anhand einer noch unveröffentlichten Untersuchung über Wertkonflikte junger Menschen, für die im Sommer 1986 rund 2000 Personen zwischen 15 und 30 Jahren befragt worden sind, diagnostizierte Schmidtchen eine wachsende Anspruchshaltung gegenüber dem Staat, dessen Leistungen man als „gemeinschaftslos“ und gleichsam „abstrakt abrufbar“ betrachte. So habe die Frage, in welchen öffentlich oder wirtschaftlich regelbaren Bereichen es Wachstum geben sollte und wo nicht, große Mehrheiten für „individualistisch unmittelbar verwendbare Investitionen“ ergeben: für mehr Ausbildungsplätze und berufliche Chancengleichheit, mehr Sozialleistungen, medizinischen Fortschritt, Umweltschutz oder die Gleichberechtigung der Frauen. Dieser Gruppe von Wünschen stellte Schmidtchen – in einer nicht ganz einsichtigen Alternative – jene anderen gegenüber, die das Gemeinwesen auch in seinen verpflichtenden Aspekten stärken wollen (Stichworte: Bundeswehr, soziale Marktwirtschaft, Ansehen des eigenen Landes in der Welt). Die Bereitschaft zu Investitionen in die Gemeinschaft sei jedoch nur dann gegeben, betonte er, wenn es eine öffentliche Moral gebe, die den Ertrag solcher Investitionen für den einzelnen sichere.

Herkunftswelten gegen gleichmacherische Modernität

„Warum politisch vertan wird, was gesellschaftlicher Wandel möglich macht“, fragte sich *Michael Zöller*. Seine These lautete, daß die durch den Verlust prägender Milieus – er nennt dies einen Vorgang der „Entstrukturierung“ – einerseits und die mit der technisch-industriellen Entwicklung gegebene Dezentralisierung von Arbeit andererseits die Chance für eine neue Selbständigkeit des Bürgers biete, die freilich von der Politik wieder desavouiert werde. Der Vorwurf richtet sich dabei an das System der organisierten Interessen und gesellschaftlich relevanten Gruppen, mit denen der Staat in einer Weise kooperiere, „die nur noch als geteilte Herrschaftsaus-

übung bezeichnet werden kann“. Wo es um soziale und politische Repräsentation geht, hängt die Selbständigkeit des einzelnen nach Auffassung Zöllers also von einer Flexibilisierung der Strukturen ab; im Fall der kulturellen Repräsentation jedoch, die ja mit dem Schwinden der traditionellen Milieus zuerst in Frage gestellt sei, bedürfe es einer Stabilisierung der Institutionen.

Wie kulturelle europäische Identität sich angesichts gleichmacherischer Modernität behaupten kann, beschrieb in seinem mit großer Zustimmung aufgenommenen Referat der Züricher Philosoph *Hermann Lübbe* am Ende der Veranstaltung. Das Stichwort heiße Regionalisierung: Wo unter Modernisierungsdruck identitätsprägende kulturelle Lebensformen zu zerbrechen drohen, wächst das Interesse an der spezifischen Herkunftskultur – eine kompensatorische Leistung, sagt Lübbe, die nicht als Abkehr von dem verstanden werden sollte, was uns in Europa kulturell miteinander verbindet und worin wir uns, über alle regionalen und nationalen Grenzen hin-

weg, stets wiederzuerkennen vermögen. Denn die europäische Kultur sei eine Kultur des Reichtums an Gehalten, die sich als universalisierbar erwiesen hätten (und heute als Herausforderung wieder auf Europa zurückwirkten). Dies gelte für Kunst, Wissenschaft und Technik ebenso wie für die wichtigste Leistung europäischer Kultur, die Bürger- und Menschenrechte, mit denen allein Modernität und Liberalität sich verbinden ließen.

Wenn dem Symposium gleichsam eine Mitte fehlte, so mag das auch ein wenig an der gegenwärtig schmalen Basis des Einverständnisses unter Konservativen liegen. Wie sonst ließe sich die Dankbarkeit erklären, mit der Lübbes insgesamt positive Bestandsaufnahme und sein ermunternder Zuspruch – es bestehe eine „moralische Verpflichtung zur Zuversicht“, stellte er fest – registriert wurden? Thematisch jedoch blieb bei der Veranstaltung, trotz interdisziplinärer Anstrengung und einiger bedenkenswerter Details das meiste uneingelöst.

Helene Maria Reischl

Was mich bekümmert, was mich freut

Ein „Zeugnis“ aus der ČSSR

Trotz zahlreicher Berichte aus den betreffenden Ländern selbst und von Beobachtern aus westlichen Ländern wissen wir über das kirchliche Leben in manchen Ostblockländern wenig. Das gilt besonders für die Tschechoslowakei. Die Lage dort ist drückend, der Staat hält die Kirche im Zangengriff seiner Ideologie und seiner Polizei. Der hier wiedergegebene Bericht ist Zeugnis eines einzelnen, freilich von jemandem, der weiß, von was er spricht, weil er das, wovon er spricht, täglich erlebt. Er läßt spüren, in welcher prekären Lage sich gläubige Menschen, nicht weniger als ihre Seelsorger, bewegen, und wie sie dennoch nicht ohne Hoffnung sind. Gerade deswegen verdient er es, gelesen zu werden.

Es geht um die Antwort vieler tschechischer Christen, von Laien und Priestern. Sie ist geprägt von der besonderen Situation der Kirche in diesem Land. Hier kann keine erschöpfende Antwort auf die Probleme der hiesigen Kirche gegeben werden. Die sind viel komplizierter und verwickelter. Viele Antworten auf die Frage, was die Christen und besonders die Laien in der Kirche schmerzt oder freut, enthalten eine Aufforderung, einen Wunsch oder eine Bitte.

I. Was mich an der heutigen Kirche besonders bekümmert

1. Äußere Phänomene

In unserer Heimat fehlen eindeutig die Bischöfe – Hirten. Manche Bischofssitze sind seit über zehn Jahren nicht besetzt (Diözese Litomerice/Leitmeritz, Hradec Králové/Königgrätz, Brno/Brünn, České Budejvice/

Budweis). Wegen ihrer Aktivität in der vom Staat unterstützten Priesterbewegung *Pacem in terris* haben die Administratoren einiger Bistümer nicht das Vertrauen der Laien. Außerdem ist ihr Wirkungskreis durch das Eingreifen des Staates in die inneren Angelegenheiten der Kirche sehr beschränkt.

Die Eltern fürchten sich, ihre Kinder zum Religionsunterricht anzumelden, denn dadurch äußern sie ihre Überzeugung, und das wird in die Beurteilung der Kinder in der Schule eingetragen (Kaderbeurteilung). Dieser Punkt ist wichtig für die Entscheidung, ob das Kind in die Mittel- bzw. Hochschule aufgenommen wird.

Man darf die Angst nicht übersehen, die durch die intensive atheistische Propaganda oder durch die Erlebnisse vieler aktiver Laien vor Gericht erzeugt wird. Bei manchen Christen löst sie eine regelrechte Lähmung aus.

Viele Christen fragen sich: Überleben wir die nächsten Jahre als Pfarrsprengel? Das gilt besonders für die Grenzgebiete. Die Kirchen sind sehr oft leer, fast nur alte Leute oder einzelne betreten den Kirchenraum. Kalte und verkommene Kirchen in diesen Gebieten können junge Menschen, die zufällig dort eintreten, nicht ansprechen. Sie sind das Bild einer sterbenden Kirche. Die jungen Leute sehen sie nach ihrer eigenen Aussage als Museumsstücke der christlichen Ära an.

Zu den großen Schmerzen der Kirche gehört der Mangel an Glaubensliteratur und an Bibeln. Es erscheint zwar die offizielle Kirchenzeitung „*Katolícké noviny*“ („Katholische Zeitung“), aber sie ist schlecht geschrieben, entspricht den Bedürfnissen besonders der jungen Christen nicht und enthält viele politische Artikel.